

Rauchverbot im EU-Parlament: Wie denken die Wiener darüber?

EU diskutiert Rauchverbot im öffentlichen Raum. Wiener Meinungen und Kanzler Nehammers Widerstand im Fokus.



Wien, Österreich - Ein aufsehenerregendes Thema beschäftigt derzeit das EU-Parlament: Ein geplantes Rauchverbot im öffentlichen Raum sorgt für hitzige Diskussionen. Das strenge Verbot würde künftig das Rauchen vor öffentlichen Gebäuden, an Stränden, in Parks und sogar an den Außenflächen von Restaurants und Bars untersagen. Bundeskanzler Karl Nehammer kritisiert diesen Vorschlag scharf als „völlig falschen Weg“. Dies berichtete **Heute** und sammelte Stimmen aus der Wiener Bevölkerung. Viele, darunter selbst Raucher, äußern sich skeptisch. Martin, ein passionierter Raucher, meint: „Das wird sich nicht durchsetzen, weil zu viele Leute rauchen.“ Auch Jane und Engelbert zeigen Unmut über das Vorhaben und wünschen sich mehr Entscheidungsfreiheit für die Bürger.

Wirtschaftliche Perspektiven und die EU-Initiativen

Auf der anderen Seite stehen die wirtschaftlichen Herausforderungen, die die EU mit dem Wiederaufbauprogramm Next Generation EU (NGEU) angehen möchte. Dieses Programm, das mit 806,9 Milliarden Euro das größte Konjunkturprogramm seit dem Marshallplan darstellt, zielt darauf ab, die europäische Wirtschaft krisenfester zu machen und eine ökologische Transformation voranzutreiben. Mit dem neuen „REPowerEU-Kapitel“ werden den Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel bereitgestellt, um Projekte im Energiebereich zu fördern. Österreich profitiert hierbei von 210,3 Millionen Euro, die in erneuerbare Energien investiert werden sollen, wie aus [bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at) hervorgeht.

Der Aufbau- und Resilienzplan setzt auf Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien sowie auf den Ausbau von Photovoltaikanlagen. Diese Investitionen sollen nicht nur zur Energiewende beitragen, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Während die Debatte über das Rauchverbot fortschreitet, bleibt die Frage, wie solche Richtlinien mit den wirtschaftlichen Erfordernissen und den Wünschen der Bevölkerung in Einklang gebracht werden können.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• www.bundeskanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)